Regierungsratsbeschluss vom 22. September 2015

Ausgabenbericht für die Projektierung von Massnahmen für einen hindernisfreien öffentlichen Verkehr nach Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes des Bundes (BehiG) im Rahmen von Gesamtprojekten mit dringlichem Erhaltungsbedarf **P151442**

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung
Um bei Gesamtprojekten mit dringlichem Erhaltungsbedarf die Anpassung der Tram- und Bushaltestellen an die Anforderungen des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG) umsetzen zu können, beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat für die Projektierung von vier Vorhaben Mittel in der Höhe von insgesamt 1,4 Mio. Franken. So wird sichergestellt, dass die Projektierung jeweils mit den dringlichen Erhaltungsmassnahmen abgestimmt werden kann. Die Koordination der Bauarbeiten führt gesamthaft zu günstigeren Baukosten, weniger negativen Auswirkungen auf die betroffene Bevölkerung und das ansässige Gewerbe, geringerer Beeinträchtigung des Verkehrsablaufs sowie zu einer zeitnah verbesserten Zugänglichkeit des öffentlichen Verkehrs.

STAATS-KANZLEI BASEL-STADT